

## Andere Töne nur zu den Musikschulen

Das neue Kulturförderungsgesetz bleibt ein schlanker Wurf: Anträge auf erweiterte Leistungen haben es im Grossen Rat schwer. Einzig bei den Sing- und Musikschulen zeigte sich der Rat bisher spendabler – auf Kosten des Kantons.

► LUZI BÜRKL

# D

Die wirkliche und beste Neuerung aus Sicht der Bündner Kultur gab SP-Regierungsrat Martin Jäger während der gestrigen Debatte im Grossen Rat quasi in einem Nebensatz bekannt: Für den vom Kulturfestival Origen auf dem Julierpass geplanten Roten (Theater-)Turm hat die Regierung am Montagmorgen einen Infrastrukturkredit gestützt auf das Wirtschaftsentwicklungsgesetz gesprochen. Über die Höhe schweig sich Jäger auf Nachfrage noch aus. Es ist aber das erste Mal, dass aus dem mit 80 Millionen Franken gefüllten Topf für «systemrelevante Infrastrukturen» die Kultur berücksichtigt wird. Dies ist nicht nur für Origen-Intendant Giovanni Netzer, der auf dem Julierpass am 31. Juli Premiere der «Herodes»-Oper feiern wird, ein grosser Erfolg. Der Entscheid kann Signalwirkung haben zugunsten weiterer Kulturprojekte im Kanton, bei denen Infrastruktur eine überaus bedeutsame Rolle spielt.

Jäger gab den Origen-Beitrag bekannt, um darzulegen, dass nicht sein Departement für Gesuche um Infrastrukturbeiträge zuständig ist. Auch im Falle des Juliertheaters werde das Kulturdepartement vielmehr den «Inhalt» unterstützen. Diesen Beitrag habe die Regierung ebenfalls zu Wochenbeginn gesprochen. Der Grosse Rat hielt bei der Beratung des Kulturförderungsgesetzes an dieser «Zweiteilung» der Zuständigkeiten fest. Mit 75:34 Stimmen wurde ein Antrag einer knappen Kommissionsmehrheit abgelehnt, dass auch einmalige Kulturbeiträge an Infrastrukturen geleistet werden können. Vergeblich hatte sich insbesondere SP-Grossrat Andri Perl (Chur) für eine Änderung der Praxis ins Zeug gelegt. Mit den Infrastrukturbeiträgen hätten laut Perl «kulturelle Heimat» aufgebaut und «Kulturzentren in der Peripherie» entstehen können, indem – so Perls Beispiel – etwa ein Theaterver-



Irgendwann ist frische Luft nötig: Die Vormittags- und Nachmittagsitzungen des Grossen Rates werden jeweils für eine halbe Stunde unterbrochen. (FOTO MARCO HARTMANN)

ein Geld an eine neue Lichtanlage erhalten hätte.

### Viele Erweiterungen abgelehnt

Der wichtigste Entscheid, ob das Kulturförderungsgesetz mit zusätzlichen finanziellen Mitteln – sprich einem Rahmenverpflichtungskredit oder auch nur einer Möglichkeit dazu – ausgestattet werden soll, fiel im Rat noch nicht. Erst der heutige dritte Sessionstag wird die von den Kulturschaffenden lange erwartete Antwort auf diese zentrale Frage bringen. Am zweiten Tag schleppte sich das Parlament vielmehr durch die vielen Anträge aus seiner vorbereitenden Kommission, mit denen insbesondere die Ratslinie weitere Verpflichtungen in das von Regierungsrat Jäger bewusst schlank gehaltene Gesetz einbringen wollte. Trotz der Unterstützung durch einen Teil der CVP-Fraktion war der SP dabei kein Erfolg beschieden.

Nebst der Nichtaufnahme von Infrastrukturbeiträgen wollte der Rat etwa nichts davon wissen, dass der Kanton die kantonalen Museen stärker unterstützt, indem er nicht nur deren Sammlungen, sondern auch Wechselausstellungen über das ordentliche Budget fördern könnte. Es bleiben dafür weiterhin

Mittel aus dem Landeslotteriefonds vorgesehen. Weiter verworfen wurde ein Antrag, wonach ein Teil der finanziellen Unterstützung von Kulturschaffenden direkt vom Kanton in die Altersvorsorge einbezahlt werden soll, sofern der Beitrag die Höhe von 10 000 Franken übersteigt. CVP-Grossrat Luca Tenchio (Chur) sagte, dass 65,6 Prozent der Selbstständigerwerbenden unter den Kulturschaffenden keine Vorsorge in der zweiten oder dritten Säule besässen. Der Rat sah die Altersvorsorge allerdings in der Eigenverantwortung der Selbstständigerwerbenden; der Antrag scheiterte mit 95:18 Stimmen bei einer Enthaltung. Ebenso klar mit 91:15 Stimmen abgelehnt wurde der von der SP unterstützte Antrag, wonach der Kanton eine Koordinationsstelle für die Vermittlung von Angeboten für das Kinder- und Jugendkulturschaffen führt. Auch bei der Definition, welche kulturellen Institutionen in den Genuss von Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton kommen können, wehrte der Rat eine grosszügigere Regelung ab. Wiederum unterlag die SP mit Teilen der CVP, die nicht noch die «überregionale Bedeutung» von ausgewählten Institutionen dafür zur Bedin-

gung machen wollte. Der Antrag unterlag mit 63:44 Stimmen.

### Die Rückkehr der Gemeinden

Als tatsächliche Änderung befasste sich der Rat mit den Sing- und Musikschulen, die neu flächendeckend im Kanton angeboten werden. Anders als von Jäger vorgesehen, sind nach dem Willen der Ratsmehrheit (69:46 Stimmen) die Gemeinden und nicht die Regionen dafür verantwortlich. Dies, obschon die bestehenden 17 Musikschulen mehrheitlich regional organisiert sind, wie Jäger sagte. Die Ratsmehrheit wollte das Führen der Musikschulen «nicht von oben herab» an die Regionen delegieren – die Gemeinden sollen selbst entscheiden, ob sie diese Aufgabe zuteilen wollen. Auch eine Plafonierung der Elternbeiträge lehnte der Rat ab. Jäger wollte eine Ungerechtigkeit aus der Welt schaffen. Je nach Gemeinde würden Eltern das Doppelte für den Musikunterricht bezahlen. Hingegen erhöhte der Rat den Kantonsbeitrag an die Gemeinden von 23 auf 30 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen. Damit wurden erstmals nach eineinhalb Tagen Mehrausgaben beschlossen. Kostenpunkt für den Kanton: plus 700 000 Franken.

### WORTWÖRTLICH

«Als ich gestern Abend nach Hause kam, hat sich mein Geist eine Auszeit von zwei Stunden genommen, bevor er wieder in diesen Saal zurückgekehrt ist.»

BERNHARD NIGGLI-MATHIS (BDP, GRÜSCH)

«Ich hatte auch oft Grund, in diesem Rat frustriert zu sein.»

JOHANNES PFENNINGER (SP, RODELS)

«Nur Geld ausgeben der Kultur wegen, macht auch keinen Sinn.»

GIAN PETER NIGGLI (FDP, SAMEDAN)

«Mit der Logik ist das so eine Sache.»

MARTIN JÄGER, REGIERUNGSRAT (SP)

«Wenn Sie beschliessen, das Konzept nur zur Kenntnis zu nehmen, dann muss ich das zähneknirschend zur Kenntnis nehmen.»

ANDY KOLLEGGGER (BDP, CHUR)

«Ich wünsche Ihnen viel Spass, wenn Sie hier zu hundertzwanzigst Konzeptarbeit machen wollen.»

PETER PEYER (SP, TRIN)

«Es herrscht eine mittlere bis grosse Unzufriedenheit, weil das Konzept nicht vorliegt. Beschliessen und genehmigen wir es.»

RETO CRAMERI (CVP, SURAVA)

«Ob mit oder ohne Konzept, ich will nicht mehr Geld in diesen Bereich investieren – da kann die Kulturlobby noch so viel Druck aufsetzen.»

ROMAN HUG (SVP, TRIMMIS)

«Meine Damen und Herren, das ist kein Mittelweg, das ist nur etwas zwischendrin.»

LUCA TENCHIO (CVP, CHUR)

«Das Leben als Kulturschaffender in Graubünden ist für den Durchschnitt relativ hart.»

MARTIN JÄGER, REGIERUNGSRAT (SP)

«Wir können doch über das Budget nicht Leistungsvereinbarungen beschliessen, die zu wenig sind zum Leben und zu viel zum Sterben.»

CLAUDIA TRONCANA (FDP, SILVAPLANA)

«Es wird in der Kultur sehr viel Fronarbeit geleistet. Das sollte in den Gesuchen aber auch ersichtlich sein.»

ANDRI PERL (SP, CHUR)

«Packen Sie nicht alles auf das gleiche Fuder – das wird zusammenbrechen.»

CLAUDIA TRONCANA (FDP, SILVAPLANA)

«Das ist wenig, was wir ändern im Gesetz, aber viel, was wir ändern in der Praxis.»

ANDRI PERL (SP, CHUR)

«Da sind wir nicht ganz koscher.»

MARTIN JÄGER, REGIERUNGSRAT (SP)

«Das ist der Moment, auf den ich gewartet habe.»

MICHAEL PFÄFFLI, STANDESPRÄSIDENT, BEI STICHENTSCHIED



Einer ist immer konzentriert bei der Sache: Martin Jäger verfolgt von der Regierungsbank aus alle Voten der mehrstündigen Kulturdebatte. Im Hintergrund Standesvizepräsident Martin Aepli. (FOTOS MARCO HARTMANN)